

Resolution zur Energiepolitik

Weltklimarat sagt Weltuntergang ab – Brandenburg muss seine Energiepolitik neu ausrichten

Die Energiepolitik Brandenburgs muss wieder an den Bedürfnissen der Bürger, der Unternehmen und des Industriestandortes ausgerichtet werden. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit müssen gleichrangig nebeneinanderstehen.

Die Grundlage vieler klimapolitischer Panikszenerarien ist ins Wanken geraten. Das extreme Emissionsszenario RCP8.5 beziehungsweise SSP5-8.5 gilt nicht mehr als realistische Leitschnur für politische Entscheidungen. Brandenburg darf seine Energiepolitik deshalb nicht länger an extremen Modellpfaden und ideologischen Klimazielen ausrichten.

Brandenburg erzeugt bereits heute bilanziell große Mengen Strom aus erneuerbaren Energien. Die Bürger profitieren davon jedoch nicht. Statt günstiger Energie erleben sie steigende Systemkosten, teure Netzeingriffe, wachsenden Flächenverbrauch und eine zunehmende Belastung von Natur, Landschaft und Wohnumfeld. Wind- und Solarenergie sind wetterabhängig und benötigen für Dunkelflauten teure Reservekapazitäten.

Hinzu kommen CO₂-Bepreisung, klimapolitisch motivierte Abgaben, ideologische Verbote und eine Energieaußenpolitik, die Deutschland von günstigen Energieimporten abgeschnitten hat. Diese Politik vernichtet Arbeitsplätze, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit und belastet Familien, Handwerk, Landwirtschaft und Industrie.

Brandenburg braucht daher eine energiepolitische Kurskorrektur. Nicht Ideologie, sondern Vernunft muss Maßstab politischen Handelns sein.

Wir fordern:

1. Sofortige Außerkraftsetzung des Klimaplan Brandenburg und Abkehr vom starren Zielpfad einer erzwungenen Klimaneutralität bis 2045.
2. Grundlegende Überarbeitung der Energiestrategie 2040 unter Berücksichtigung der gleichrangigen Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit.

3. Abschaffung klimapolitischer Landesvorgaben sowie aller Förderprogramme, Regulierungen und Sonderbelastungen, die Energie verteuern, Bürokratie schaffen oder Bürger und Unternehmen zusätzlich belasten.
4. Kein weiterer Ausbau von Windkraftanlagen und Freiflächen-Photovoltaik in Brandenburg. Die freiwillige Eigenversorgung, etwa durch private Dach-Photovoltaik, bleibt davon unberührt.
5. Nutzung heimischer und grundlastfähiger Energiequellen, insbesondere kein vorzeitiger Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und Erhalt der bestehenden energiepolitischen Infrastruktur in der Lausitz.
6. Rückkehr zur Nutzung der Kernenergie sowie Einsatz Brandenburgs im Bund für die Wiederinbetriebnahme geeigneter Kernkraftwerke, den Neubau moderner Kernkraftwerke und die technologieoffene Forschung an Kernenergie, Reaktorsicherheit und neuen Kerntechnologien an landeseigenen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
7. Beendigung energiepolitisch schädlicher Sanktionen gegen Russland und Wiederherstellung günstiger, verlässlicher Energieimporte im deutschen Interesse.
8. Schutz von Natur, Landschaft und ländlichem Raum vor weiterer Industrialisierung durch Windkraftanlagen, Stromtrassen und großflächige Solaranlagen.

Beschlossen von der Kreisvorsitzendenkonferenz der AfD Brandenburg
am 20. Juni 2026 in Eberswalde